

Verbraucher setzen auf Bio – Politik muss nachziehen!

Was es jetzt braucht, damit Deutschlands Lebensmittelwirtschaft liefern kann, was Bürgerinnen und Bürger nachfragen.

Bio überzeugt die heimische Kundschaft: Das hat die Bio-Branche geschafft, darauf kann sie stolz sein. Doch allein das deutliche Mehr an Nachfrage scheint nicht zu reichen, damit deutlich mehr Bäuerinnen und Bauern auf Bio umstellen. Dem Absatz-Plus von nahezu sieben Prozent steht ein mageres Plus von gut einem Prozent an Ökolandbau-Fläche gegenüber.

Rückschritte wie 2025 kann sich Europas Lebensmittelwirtschaft nicht leisten.

Wie erklärt sich dieses Zögern? Nun, die Signale, die Berlin und Brüssel senden, stehen nicht auf Bio und Nachhaltigkeit. Sondern im Gegenteil: Unter dem Deckmantel „Entbürokratisierung“ ebnet die Politik den Weg für mehr Pestizide, weniger Gewässerschutz und für Gentechnik-Patente. Und macht damit den Wettbewerb härter für diejenigen, die ohne synthetische Inputs, ohne Überdüngung und ohne Gentechnik Lebensmittel erzeugen und herstellen wollen.

Ein Rollback wie im vergangenen Jahr hat Europa selten erlebt. Eine EU-Abgeordnete beschrieb es so: Die Politik frage nur noch danach, was Landwirtinnen und Landwirten zuzumuten sei, und nicht mehr, was

Umwelt und Klima zumutbar sei. Wer danach frage, gelte als Feind der Landwirte. Im Parlament bricht Jubel aus bei jeder Agrar-Umwelt-Regel, die fällt.

Das ist ein erschreckender Befund. Das oberste Gebot des Ökolandbaus etwa, die vielfältige Fruchfolge, ist eine Agrar-Umweltregel, die beiden hilft: der Landwirtschaft und der Natur. Sie hält den Boden gesund und fruchtbar, sie sorgt für Artenvielfalt und damit für ein natürliches Gleichgewicht von Schädlingen und Nützlingen.

Doch selbst die Minimalvorgaben zur Fruchfolge, im EU-Fachjargon „Glöz 7“, gelten inzwischen als bürokratische Zumutung und werden gelockert. Weniger Fruchfolge erhöht freilich den Schädlingsdruck – und braucht dann mehr Chemie auf dem Acker.

Wie kann die Agrarpolitik ihre Landwirtschaft derart im Stich lassen in Zeiten von Klimawandel und Artenschwund? Wenn die Bestäuberpopulationen zusammenbrechen würden, läge der gesamtwirtschaftliche Schaden allein in Europa bei rund 24 Milliarden Euro – mit verheerenden Folgen, warnten jüngst Forschende. Dieses Schreckensszenario ist nur eins von vielen Wagnissen, das die Agrarpolitik eingeht, wenn sie ihren Gestaltungsanspruch aufgibt.

Die GAP-Mittel der EU müssen Umweltleistungen honorieren.

Brüssel will mehr Bio, denn mehr Bio macht Europas Ernährung widerstandsfähig. Aber der politische Weg dahin hat Fehlstellen. Die im vergangenen Jahr verkündete Vision des EU-Agrarkommissars Christophe Hansen sieht zwar noch das 25-Prozent-Ökolandbau-Ziel für die EU vor. Aber er kündigte zugleich

laxere Regeln für Pestizide an, weniger ökologisch wertvolles Grünland und die erleichterte Zulassung von gentechnisch verändertem Saatgut.

Brüssel war bisher Garant für hohe Standards, und der Green Deal eine echte Wende hin zu Nachhaltigkeit – gerade auch für die Lebensmittelwirtschaft. Darauf muss Brüssel aufbauen.

Die Politik muss dazu drei Weichen stellen: erstens für eine Agrarpolitik, die die Umweltleistungen von Landwirten in der Höhe honoriert, in der diese der Allgemeinheit zu Gute kommen. Etwa durch den Erhalt von Insekten statt deren kostspielige Vernichtung. Durch den Schutz von Trinkwasser, das nicht aufwendig gereinigt werden muss. Durch den Schutz des Klimas durch die Vermeidung fossiler Dungemittel und zu hoher Tierbestände.

Die GAP ab 2028, die gerade verhandelt wird, muss endlich weg von den Direktzahlungen („Flächenprämien“) und hin zu einer echten Honorierung von Umweltleistungen. Stärker als bisher, im Sinne einer Übergangs-GAP: Schließlich sollen in der übernächsten GAP ab 2035 pauschale Flächenprämien Geschichte sein. Der BÖLW schlägt ein dreistufiges Fördersystem vor, das mit niedrigschwierigen Umweltauflagen beginnt und bei der Höchststufe Bio endet. Unbürokratisch und wirksam.

Die Entfesselung des Gentechnik-Rechts macht schützende Gesetzgebung nötig.

Die zweite Weiche, die zügig gestellt werden muss, ist die EU-Öko-Verordnung. Sie ist das Grundgesetz aller Bio-Unternehmerinnen und –Unternehmer in Europa und sogar darüber hinaus. Die Kommission hat jetzt einige wenige Gesetzesänderungen vorgeschlagen. Sie sind notwendig, damit der internationale Bio-Handel nicht leidet. Und sie dienen der Streichung einiger unsinniger Bio-Regeln und sichern dabei den hohen Bio-Standard.

Es ist jetzt an EU-Parlament und Mitgliedstaaten, diesen vernünftigen Gesetzesvorschlag rasch anzunehmen.

Die dritte große Baustelle betrifft die Änderung des Gentechnik-Rechts. Ein Gesetzesvorschlag ist auf

der Schlussgeraden, der entgegen der Position des EU-Parlaments dazu führen würde, dass uns Patente auf unsere Ernährungsgrundlagen in neue Abhängigkeiten treiben würde. Risikoprüfung und die Kennzeichnungspflicht sollen darüber hinaus geschleift werden.

Sollten sich die neuen Regeln in Europa etablieren, braucht es schützende Regeln für die Koexistenz auf den Feldern. Denn Bio wird auch in Zukunft ohne Gentechnik arbeiten. Für uns steht fest: Klassische Züchtung ist innovativ und sicher.

**Minister Rainer,
Sie sind am Zuge: Stärken Sie
die Bio-Forschung!**

Gute Forschungspolitik für Bio ist daher etwas, was wir als Branche von der Merz-Regierung erwarten. Im vergangenen Jahr sollten die schmalen Mittel für die Öko-Forschung eingekürzt werden. Hier hat sich das Parlament gegen die Regierung gestellt, denn es hat erkannt: Tatsächlich brauchen wir mehr Bio-Forschung. Empfehlungen dafür hat das Kompetenzteam Forschung für die Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft erarbeitet und Landwirtschaftsminister Alois Rainer unlängst vorgelegt.

Jetzt, Minister Rainer, sind Sie am Zuge. Stärken Sie die Bio-Forschung! Setzen Sie die Bio-Strategie um! Eine resiliente Ernährungswirtschaft in Deutschland braucht mehr Bio: auf den Höfen, in einer vielfältigen und in allen Regionen verankerten Lebensmittelverarbeitung und im Handel.



Peter Röhrig
Geschäftsführender
Vorstand des BÖLW